

„Suchet den Frieden und jaget ihm nach!“ (1 Petrus 3,11)

Gemeinsame Sicherheit heute.

Impuls auf der Tagung „Kirche, wo bleibst du?“ Zur politischen Verantwortung
der Christen in der Gesellschaft
Bad Alexandersbad, 24. Mai 2014

Joachim Garstecki

Diese Tagung fragt nach der politischen Verantwortung der Christen in der Gesellschaft. Sie findet statt im Umfeld einer kontrovers geführten gesellschaftlichen Diskussion über Ursachen und Folgen des Konfliktes in der Ukraine. Wenn sich in der Tradition protestantischer, katholischer, ökumenischer Friedensethik nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland eine nicht mehr hintergehbare Überzeugung herausgebildet hat, wie Konflikte zwischen zivilisierten Staaten zu bearbeiten und zu lösen sind, dann die vom Primat des Politischen, vom Verzicht auf Gewalt zur Erreichung politischer Ziele, von der „vorrangigen Option für Gewaltfreiheit“ (Ökumenische Versammlung in der DDR, Dresden 1989, Theologischer Basistext). Das sind keine Positionen, die man je nach Lage der Dinge mal beachten oder auch mal links liegen lassen, mal so oder auch anders beurteilen kann. Nach meiner Überzeugung geht es - 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten und 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution in der DDR - um die Bedeutung einer aus Katastrophen gewonnenen historischen Erfahrung für die Beurteilung von Politik und ihre Folgen, für die De-Legitimierung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten, egal auf welcher Seite. Und es geht um die Geltung der Position „Frieden durch Recht“, die ja in den friedensethischen und -politischen Äußerungen der EKD der letzten Jahre geradezu wie ein Hochamt zelebriert wird.

Das Thema dieser Gesprächseinheit lautet „Gemeinsame Sicherheit heute“. Ich kann dieses Thema - das sei vorweg gesagt - nur als Verlust-Anzeige verstehen und aufnehmen - angesichts dessen, was sich gegenwärtig in der Ukraine abspielt und was verharmlosend „Krise in der Ukraine“ genannt wird. Kann der positive Sound des Begriffs „Gemeinsame Sicherheit“ und der dahinter stehenden Idee brutaler desavouiert werden als durch das, was seit Wochen in und mit der Ukraine geschieht und was offen darauf abzielt, dieses Land mit Gewalt zu destabilisieren und zu spalten?

Heute, einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine mit höchst ungewissem Verlauf, wirken solche Einsichten wie aus der Zeit gefallen, ohnmächtig und hilflos. Sie sind längst von einer Welle der Gewalt und Gegengewalt zwischen den Konfliktparteien weggespült, und es ist gegenwärtig kaum Wille zu Gespräch und Verständigung erkennbar. Der Effekt der bisher stattgefundenen „Runden Tische“ der OSZE aus den letzten Tagen und Wochen bleibt ungewiss. Aber Gewaltverzicht und Rückkehr zu Verhandlungen sind und bleiben die vorrangigen Imperative, die einen Ausweg aus der Krise eröffnen und die innere wie äußere Destabilisierung der Ukraine aufhalten könnten. Es kommt darauf an, einen verbliebenen Rest an rationalem politischen Handeln auf allen Seiten zu mobilisieren für die Verhinderung eines Bürgerkrieges oder von Schlimmerem.

Die Vorstellung gemeinsamer Sicherheit kann im Moment kaum mehr sein als ein fernes politisches Regulativ. Gemeinsame Sicherheit bleibt, auch bei nur minimaler Aussicht auf Erfolg, eine unverzichtbare Ressource vernünftigen politischen Interessenausgleichs, die es zurückzugewinnen gilt. Sicherheit miteinander zu teilen und sie nicht gegeneinander zu organisieren ist der einzige Weg, den Konflikten, in der Ukraine und wo auch immer, ihren destruktiven Charakter zu nehmen und sie kooperativ zu lösen. Das gilt für die Auseinandersetzungen zwischen pro-russischen und pro-ukrainischen Kräften im Land ebenso wie zwischen Russland auf der einen und der EU, der NATO und dem Westen auf der anderen Seite.

Ich lade Sie ein zu einem kleinen Ausflug in den Bedeutungskosmos des Paradigmas Gemeinsame Sicherheit. Was bedeutete Gemeinsame Sicherheit seit den 70er Jahren im Zeichen des alten Ost-West-Konfliktes? Welche Akzentuierungen erfährt Gemeinsame Sicherheit im aktuellen Konflikt in der Ukraine? Was folgt daraus für die Zukunft einer Politik und Praxis gemeinsamer Sicherheit? Das möchte ich Ihnen an vier Beispielen vorstellen.

(1) Der Palme-Bericht 1982

Gegen den chronologischen Ablauf beginne ich mit den frühen 80er Jahren beim „Palme-Bericht“ von 1982. Was „Gemeinsame Sicherheit“ eigentlich meint und leisten soll, lässt sich am deutlichsten an den Zielen der „Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ ablesen, die unter Leitung von Olof Palme, dem schwedischen Ministerpräsidenten, von 1980 bis 1982 mehrfach getagt hat.

Die Mitglieder dieser Kommission - unter ihnen die Politiker Olof Palme, Egon Bahr, Cyrus Vance, Georgij Arbatow - waren davon überzeugt, dass Sicherheit im Atomzeitalter nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch gemeinsam politisch gewonnen werden muss. Sie äußerten sich als Sachverständige ohne Auftrag ihrer nationalen Regierungen. Man war sich einig: Die auf militärisches Gleichgewicht ausgerichtete Doktrin der gegenseitigen Abschreckung mit Atomwaffen trägt in sich den Drang zur Überlegenheit, also den immanenten Zwang, die generische Seite technologisch und militärisch zu übertrumpfen. Abschreckung mit Massenvernichtungsmitteln, so der Konsens der Kommission, erzeugt immer neue Rüstungswettläufe, qualitativ wie quantitativ, die die Abschreckung destabilisieren. Deshalb muss sie abgelöst werden durch ein alternatives System, in dem sich die Gegner als Partner ihrer Sicherheit verstehen und akzeptieren, statt sich im Wettlauf um mehr Sicherheit zu ruinieren. Gemeinsame Sicherheit bedeutet im Kern, die Sicherheit des Gegners im eigenen Sicherheitskonzept mit zu bedenken und strukturell zu verankern. Die Gegner bleiben zwar Gegner, aber ihr gemeinsames Überlebensinteresse macht sie von Konkurrenten um Sicherheit zu Partnern gemeinsam zu organisierender Sicherheit.

Das war ein ehrgeiziges Konzept, aber plausibel, weil es die prekäre Sicherheitslage durch Abschreckung im Ost-West-Verhältnis, die Ende der 70er Jahre entstanden war, durch ein kooperatives Modell zu ersetzen suchte. Der politische Gegner und sein Sicherheitsbedürfnis muss im eigenen Sicherheitskonzept mitgedacht werden. Wenn wir die Kriege, Bürgerkriege und bewaffneten Konflikte seit dem Ende des alten Ost-West-Konfliktes daraufhin anschauen, stellen wir fest, dass diese Überzeugung weitgehend verloren gegangen ist. Das Reich der Freiheit, das unser Bundespräsident unablässig lobt, hat einen blinden Fleck.

Der Philosoph Georg Picht hatte Anfang der 70er Jahre gemutmaßt, wirklich zukunfts-öffnende Einsichten und Lernprozesse würden nicht von großen Kollektiven und niemals freiwillig, sondern immer nur durch den Zwang der Not gewonnen. Diesen Zwang der Not hatten die sicherheitspolitischen Vordenker in der Palme-Kommission vor Augen, als sie vorschlugen, das System atomarer Abschreckung auszumustern und durch eine Politik gemeinsamer Sicherheit zu ersetzen. Die immanenten Gefahren und Risiken der atomaren Abschreckung waren im Kontext der SS-20 Stationierung und der NATO-Nachrüstung um 1980 größer geworden als ihr vermeintlicher Nutzen. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR nahm diese Einsicht in seiner friedensethischen Urteilsbildung auf. Seine Synode formulierte eine „Absage an Geist, Logik und

Abschreckung“ und verknüpfte diese Absage zwischen 1983 und 1987 ganz eng mit der Forderung nach einer Politik gemeinsamer Sicherheit. Das war eine angemessene Weise, die Position der „intelligenten Feindesliebe“ (Carl Friedrich von Weizsäcker) theologisch zu vertreten und mit einer politischen Option zu verknüpfen. Freilich gefiel das vielen Schwestern und Brüdern in der EKD nicht so gut. Die meinten, die Kirchen in der DDR hätten gut reden, weil sie den Kopf nicht für das hinhalten müssen, was sie öffentlich politisch vertreten. In der Bundesrepublik war und blieb das Konzept „Gemeinsame Sicherheit“ stets heftig umstritten, wie die kontroverse Diskussion um das SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit“ vom August 1987 zeigte.

1990 zerbrach die bisherige bi-polare Weltordnung. Die Sowjetunion hatte den „Wettlauf der Systeme“ verloren und lag am Boden. Der Warschauer Pakt löste sich auf, und im Westen ging man dazu über, die Interessensphären neu zu justieren. Die Idee der Gemeinsamen Sicherheit wurde als Altlast aus der Zeit des Kalten Krieges empfunden und ausgemustert.

(2) Entspannungspolitik und KSZE-Prozess

Das Instrumentarium einer praktizierten Politik gemeinsamer Sicherheit und ihr prominentes Bewährungsfeld war die Entspannungspolitik zwischen West und Ost. Sie war in den frühen 70er Jahren untrennbar mit den Namen Willy Brandt und Egon Bahr verbunden, und sie führte zum Vertragswerk zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Polen und anschließend der DDR (August 1970 bis Dezember 1972).

Möglich wurden diese Verträge durch die Abkehr von einer Politik der Konfrontation mit „dem Osten“. Die von Bahr konzipierte „Neue Ostpolitik“ setzte auf Entspannung, „Wandel durch Annäherung“, Dialog auf Augenhöhe, vertrauensbildende Maßnahmen und Verzicht auf feindselige Rhetorik. Es ging um einen neuen, kooperativen Stil von Politik, mit der hintsinnigen Absicht, die in dem Song der holländischen Gruppe BOTS legendär geworden ist: „Das weiche Wasser bricht den Stein“. Die Verabschiedung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki am 1. August 1975 war die internationale Bestätigung der Ost-West-Entspannungspolitik. „Helsinki“ eröffnete einen „KSZE-Prozess“, der auch in der DDR nicht ohne Folgen blieb und die innere Erosion des „DDR-Sozialismus“ bis zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 und zur Maueröffnung am 9. November 1989 beschleunigte.

Die Ost-West-Entspannungspolitik wurde eine großartige Erfolgsgeschichte. Aber ihre positiven Erfahrungen wurden für die Gestaltung der Beziehungen des Westens zur auseinanderbrechenden Sowjetunion nicht genutzt. Für viele bleibt unverständlich, warum ihre Prinzipien nach dem Epochenbruch von 1990 keine Fortsetzung fanden. Die deutsch-russische Schriftstellerin Irina Liebmann hat kürzlich gefragt, wieso die wiedervereinigten Deutschen nicht bemerkt haben, dass sie mit der West-Ausrichtung der alten Bundesrepublik und der Ost-Orientierung der ehemaligen DDR die einmalige Chance eines „Doppelpacks“ besaßen, die sie hätten nutzen müssen. Mit ihren jeweils spezifischen Erfahrungen, Beziehungen und Kontakten in den Westen und in den Osten Europas wäre es ihre Aufgabe gewesen, Deutschland nach 1990 als Brücke und Bindeglied zwischen West und Ost zu entwickeln und eine aktive, konstruktive Rolle der Vermittlung gerade gegenüber den östlichen Nachbarn und Russland zu spielen. Wir haben das 1989/1990 nicht für vorrangig angesehen, weil wir nahezu ausschließlich mit uns selbst beschäftigt waren. Die Deutschen in der DDR guckten nach Westen, nicht nach Osten.

Nach 1990, so lautet der Vorwurf, habe der Westen Gorbatschows einseitige Vorleistungen als Angebote einer neuen, gemeinsamen Sicherheitsarchitektur für Europa in den Wind geschlagen und sich als „Sieger der Geschichte“ aufgespielt. Die in der Systemauseinandersetzung unterlegene Sowjetunion wurde gedemütigt, das Desaster des Auseinanderbrechens der Sowjetunion wurde vom Westen unsensibel zum eigenen Vorteil ausgenutzt. Die NATO sei unter Missachtung elementarer Sicherheitsinteressen Russlands bis an die Grenzen des Landes vorgeschoben worden. Antja Vollmer hat dieses politische Versagen des Westens in einem Beitrag für Publik-Forum kürzlich beschrieben. Entspannung war über Nacht zu einem Muster ohne Wert geworden. Die politische Bühne war frei für eine neue Inszenierung, unter neuer Regie und mit einer neuen Dramaturgie, die meinte nicht mehr Rücksicht nehmen zu müssen auf die Empfindlichkeiten Russlands. Jüngstes krasses Beispiel für diese Sieger-Mentalität war die Feststellung Obamas, Russland sei für die USA heute nur eine Macht von zweitrangiger Größe. Sie verdeutlicht, dass der Kampf um die Vorherrschaft zwischen den USA und Russland in vollem Gange ist; die Ukraine könnte ihr nächstes Opfer werden. Obamas Äußerung muss man als demonstrative Absage an eine Politik gemeinsamer Sicherheit mit Russland deuten.

Inzwischen, im Schatten der Ukraine-Krise, sind von deutschen Politikern selbstkritische Äußerungen zu hören, dass gegenüber Russland Fehler gemacht wurden, die dem Westen jetzt auf die Füße fallen. Unter Merkels Ägide hatte die Europäische Unio eine noch 2012 unstrittige und von Russland akzeptierte

Assoziierungspolitik der Ukraine mit der EU fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Sie stellte die Ukraine vor die Alternative: EU oder Russland, Entweder - Oder, und verknüpfte die Unterschrift unter den bereits paraphierten Assoziierungs-Vertrag mit der Forderung nach Freilassung von Julia Timotschenko. Dass man angesichts der geopolitischen Lage der Ukraine keine erfolgreiche EU-Assoziierungspolitik an Russland vorbei machen kann, hätte man aus den Erfahrungen der Entspannungspolitik wissen können, ebenso, dass Europa größer als die EU ist und Russland zu Europa gehört. Aber das schien den maßgeblichen Politikern der EU offensichtlich unwichtig.

(3.) Gemeinsame Sicherheit - die NATO-Version

Es wäre allerdings falsch, den Konflikt um die Ukraine allein mit den Fehlern des Westens nach 1990 erklären zu wollen. Es gibt keinen quasi-genetischen Zusammenhang zwischen der NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands und Putins aggressiver neo-imperialer Macht- und Destabilisierungspolitik gegenüber der Ukraine, wie er in der Annexion der Krim sichtbar wird. Die Ukraine war nach ihrer staatlichen Unabhängigkeit 1991 zu keiner Zeit Gegenstand von NATO-Erweiterungsplänen. Die NATO-Präsenz im ehemaligen Machtbereich der Sowjetunion ist keine Folge einseitiger Erweiterungspolitik, sondern Folge der souveränen Entscheidung jener Staaten, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion überhaupt erst vor die Frage gestellt waren, ob sie die NATO für den Erhalt ihrer Sicherheit haben wollen oder nicht: Polen, die baltischen Staaten, Tschechien und die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Zu einer wirklich europäischen Perspektive auf dieses Thema gehört die Auseinandersetzung mit osteuropäischen Geschichtsbildern. Wir stoßen vor allem in den drei baltischen Staaten auf ein uns fremdes Narrativ von Gemeinsamer Sicherheit, das im Kern aus der traumatischen historischen Erinnerung der baltischen Völker an die sowjetische Okkupation gespeist wird, durch die sie ihre nationale Unabhängigkeit verloren (1940 bis 1941 und 1945 bis 1991), unterbrochen von der deutschen Besetzung (1941 bis 1944). Die Balten waren beide Male die Verlierer. Nach 1991 verstehen sie ihre NATO-Mitgliedschaft als eine Sicherheitsgarantie gegenüber dem übermächtigen Nachbarn Russland. In der polnischen Erinnerungskultur mündet die Befreiung vom Faschismus 1945 unmittelbar in die Fortsetzung der Fremdbestimmung durch die sowjetische Herrschaft; wirkliche Befreiung brachte erst die SOLIDARNOCZ-Bewegung der 80er Jahre. Für Ungarn und Tschechien sind die Erfahrungen von 1956 und 1968 von ähnlich geschichtspolitischer Bedeutung. Wir können nicht die Rückkehr dieser Länder in ihre nationale Selbstbestimmung und nach Europa feiern, ihnen aber

verboten wollen, sich durch die NATO vor Russland sicherer zu machen. Als Deutsche haben wir viele Gründe, das anders zu sehen, aber wir sollten es verstehen.

„Gemeinsame Sicherheit“ wird also in Mittelosteuropa ganz anders interpretiert als in Deutschland, wenn wir an den Ausgangspunkt der Entspannungspolitik ab 1972 denken. Unabhängig von dieser erinnerungspolitischen Frage ist die NATO im Moment der größte Profiteur des Vorgehens Russlands gegen die Ukraine. Die NATO poliert ihr blasses Image auf, indem sie von ihren Mitgliedern verstärkte Rüstungsanstrengungen als Schutz gegen das unkalkulierbare Vorgehen Russlands in der Ukraine fordert - unter dem Vorzeichen „gemeinsamer Sicherheit“. Mit diesem Effekt hat Putin ganz offensichtlich nicht gerechnet. Der stets martialisch auftretende Generalsekretär Rasmussen und der Oberkommandierende NATO-General Breedlove forderten Anfang Mai unisono, die NATO müsse eine permanente Verlegung ihrer Verbände auf das Gebiet ihrer Mitgliedsstaaten in Osteuropa in Erwägung ziehen. Russland sei von einem Partner der NATO wieder zum Gegner geworden, weil es die Absprachen des NATO-Russland-Rates vom 1997 verletzt habe. Seinerzeit hatte sich die NATO im Zuge gegenseitiger Rücksichtnahme verpflichtet, keine eigenen Verbände auf dem Territorium ihrer neuen Mitglieder zu stationieren, und Russland im Gegenzug, keine neuen konventionellen Streitkräfte in Europa zu dislozieren. Diese gegenseitige Zurückhaltung sei durch die Krim-Annektion von Russland aufgekündigt worden, so Breedlove. Hinter dieser Haltung stecken die USA, die von Anfang an auf eine härtere Gangart der EU gegenüber Russland in der Krim-Krise drängten.

Den jüngsten Beleg für die Neigung zu einer militärischen Antwort des Westens auf das Vorgehen Russlands lieferte der Berliner Politologe Herfried Münkler in einem Gespräch mit der FR vom 21. Mai 2014. Münkler ist der Ansicht, der Westen habe durchaus eine militärische Option in der Ukraine. Die Ukraine müsse in die Lage versetzt werden, „grenzüberschreitenden russischen Truppen oder doch wenigstens den ‚grünen Männchen‘ wie auf der Krim Paroli zu bieten.“ Man müsse Putin klarmachen, dass eine Fortsetzung seiner aggressiven nationalistischen Politik nicht hingenommen wird. Putin kalkuliere die militärische Zurückhaltung der EU gezielt in seine militärischen Planungen ein. Münkler wörtlich: „Es läuft derzeit alles darauf hinaus, der Gegenseite Kosten anzudrohen, um sie zu Kalkülrationalität zu zwingen.“

(4.) Gemeinsame Sicherheit - die Alters-Version von Egon Bahr

Eine ganz andere Vorstellung von „Gemeinsamer Sicherheit“ war kürzlich vom Architekten der Entspannungspolitik, dem 92jährigen Egon Bahr, zu lesen (FR, 9. Mai 2014). Bahr zeigt sich überzeugt: „Putin ist ein rationaler Mensch.“ Washington und Moskau seien sich einig, dass es keinen Krieg zwischen ihnen geben darf; der eine wie der andere folge der Einsicht, „dass Kooperation weiter führt als Konfrontation“. Putin könne, so Bahr, „kein Interesse am Chaos in der Ukraine haben. Ich denke, er hat vor allem ein Ziel: eine föderale Ukraine, die keinem ‚Block‘ angehört, mit einem Status, der dem Österreichs oder Finnlands entspricht.“ Auf die Frage, was man tun könne, um die Zusammenarbeit des Westens mit Russland wieder zu stärken, antwortete Bahr: „Wir haben ja schon die Pipeline, meinetwegen können wir noch eine zweite dazulegen. Gerne auch am Schwarzen Meer, wenn das hilft, gemeinsame Sicherheit zu haben. Die brauchen unser Geld, wir brauchen deren Gas. Alles, was gemeinsame Interessen fördert, stärkt die gemeinsame Sicherheit.“ Diese Einschätzung habe „etwas mit den Erfahrungen zu tun, wie wir den Kalten Krieg beendet haben. Ohne diese Politik hätten wir weder die deutsche Einheit noch die Einheit Europas bekommen“.

Bemerkenswert an diesen Äußerungen Egon Bahrs ist zweierlei. Zum einen lesen sie sich wie eine Kurz-Fassung der Agenda der klassischen Entspannungspolitik plus Lehrbuch der Friedensforschung, Kapitel „Frieden durch Integration und Assoziation“. Bahr redet hier als eiskalter Realpolitiker, der den fragilen Faden der wirtschaftlichen Ost-West-Kooperation in der Ukraine-Krise stark machen will, an dem nach seinem Verständnis das Schicksal der Ost-West-Beziehungen hängt. Seine Annahme, das Geschäft „Devisen gegen Gas“ sichere maßgeblich den Frieden zwischen Russland und Deutschland bzw. der EU, wird von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel geteilt: „Russland sei bei der Gasversorgung alternativlos und habe immer geliefert. Man müsse schleunigst zurück an den ‚Verhandlungstisch‘“ (FR 17./18. Mai 2014). Beide sind überzeugt, dass vertiefte Energiebeziehungen mit Russland positive Veränderungen im russischen Verhalten bewirken können.

Denkt man das zu Ende, kommt man zu dem Ergebnis, dass die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands gegenüber Russland heute im Wesentlichen am Gasgeschäft hängt. Es kommt darauf an, so das Mantra der deutschen Energie-Industrie und ihrer politischen Verbündeten, nichts zu tun, was den wirtschaftlichen Verflechtungen Deutschlands mit Russland schaden könnte. Die klassische Annahme, der auch Bahr blind zu vertrauen scheint: dass verstärkte energiewirtschaftliche Verflechtung mit Russland automatisch als

Garant des Friedens zu Buche schlägt, wird aber bereits jetzt durch Russlands aggressives Verhalten in der Ukraine ad absurdum geführt. Russland kann energiepolitisch mit dem Westen hoch verflochten sein und gleichzeitig außenpolitisch in seiner Interessensphäre aggressiv agieren und Gewalt anwenden.

Hier nun legt Bahr noch eins oben drauf, wenn er erklärt: Alles, was gemeinsame Interessen fördert, ist „Gemeinsame Sicherheit. Es handelt sich um einen problematischen Reduktionismus im Gebrauch eines einmal hoch anspruchsvollen und komplexen Politikmusters. Bahrs Position ist extrem „realpolitisch“, aber um den Preis, dass das Paradigma „Gemeinsame Sicherheit“ auf seinen blanken ökonomischen Nutzen reduziert wird. Es bleibt ein merkantiles Kalkül ohne politische Ausstrahlungskraft. Struktur-Elemente wie Dialog, Vertrauensbildung, Offenheit mutieren zu Geschäftsregeln ohne politische Konsequenzen. Das bedeutet umgekehrt: Nebenan kann gehetzt, gelogen und geschossen werden - Gemeinsame Sicherheit ist, was durch die Gas-Pipeline passt. Die klassische Erwartung, dass wirtschaftliche Ost-West-Kooperation gleichsam automatisch politische Entspannung begünstigt und damit friedens-stabilisierend ist, trägt. Es geht nur noch um wirtschaftliche Nutzen-Maximierung ohne wirklichen politischen Horizont.

Gemeinsame Sicherheit muss mehr sein und mehr wollen. Ende April 2014 haben Christinnen und Christen einen Offenen Brief zur Europawahl publiziert. Er trägt die Überschrift „Die Vision Europas stärken“. Darin heißt es: „Ausgerechnet in dem Jahr, in dem an vielen Orten des Ausbruchs des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren gedacht wird, erlebt die europäische Gemeinschaft eine gravierende Herausforderung ihres Friedensprojektes. Wir bekräftigen, was Christen aus ganz Europa auf der Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel erklärt haben: „In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die einen Einsatz von Gewalt rechtfertigen würde“.